ARBEITSKREIS III

Thema: "Lebensqualität in Siedlungsbereichen - Bedeutung der Sozialstrukturen zur Sicherung der Daseinsgrundlagen im Ruhrgebiet"

## Sicherung der Lebensgrundlagen und Verminderung der sozialen Folgekosten

Grundsätze:

Wohnungspolitik ist weitgehend Sozialpolitik.

Das soziale Leben vollzieht sich in der geplanten Umwelt, vor allem in der Wohnung und in der Wohnumgebung.

Wir haben eine wirklich umfassende Ressourcenplanung, d.h. Planung mit den vorhandenen Werten nötig.

d.h. Wir müssen lernen, mit dem Gesamtkapital umzugehen. Dazu gehören auch die Sozialkosten und die sozialen Folgekosten.

Sozialpolitische Aufgabe:

Die Lebensgrundlagen müssen so gesichert sein, daß möglichst wenig soziale Folgekosten entstehen.

Prinzip:

- Die Ursachen von Fehlentwicklungen müssen beseitigt bzw. saniert werden,
- um nicht bei den Folgen ein Vielfaches ausgeben zu müssen.

Ursachen der Sanierungsanlässe sind nicht schadhafte Bausubstanz und schlecht ausgestattete Wohnungen, sondern was zum sanierungsbedürftigen Haus führt - die Spekulation mit dem Boden der Arbeitersiedlungen.

Bisher ist kein Gesamt-Kosten-Nutzen-Denken vorhanden.

Es gibt bisher keine Koordination zwischen allgemeiner Sozialpolitik (Sozialhilfe-Gesetz) und sozialer Wohnungsbaupolitik (Städtebauförderungsgesetz, Modernisierungsgesetz bis hin zum sozialen Wohnungsbau und zum Wohngeld).

Die Aufteilung in Ressorts der technischen Planung und der Sozialplanung und die unterschiedliche Qualifikation der Bürokraten verhindert, daß in diesen Zusammenhängen gedacht und gearbeitet werden kann.
Dahinter steckt natürlich ein bestimmtes Interesse: In diesem Staat sind die Sachbearbeiter so ausgebildet und die Behörden so organisiert, daß sich die Kapitalinteressen statt der sozialen Belange durchsetzen sollen.

Beispiel: Altenwohnen

Im Bereich des Altenwohnens wird nach wie vor vereinfacht: Ausgehend von Pflegefällen wird die Vereinzelung (Isolation) der Alten gefördert, aber nicht ihre Eingliederung (Integration).

Die Eingliederung der Alten kann am leichtesten durch Modernisierung von bestehenden Wohnungen in der gewachsenen Sozialstruktur und gewohnter Umgebung erreicht werden.

Die gängige Wohnungspolitik verordnet den Alten jedoch den Konsumzwang:

Wenn sie sich einen Mantel kaufen wollen, können sie ihn bei C & A für 93 DM bekommen, aber bei der Wohnung müssen sie das Teuerste nehmen.

Es werden überall Altenwohnungen gebaut. Sie sind sehr teuer. Sie erfordern immense Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.

Dabei wird vergessen, daß in den zahlreichen Arbeitersiedlungen Wohnungen vorhanden sind, die von der Größe und von den Lebensqualitäten her ausgezeichnet für alte Leute, d.h. für Altenwohnungen geeignet sind.

Würde man die Zuschußsumme für Neubauten in die Arbeitersiedlungen hereinstecken, könnte man das Sechsfache an Wirkung erzielen:
- statt einer teuren reinen Altenwohnung sechs modernisierte Altbau-Altenwohnungen.

Forderung:

Nicht Millionenbeträge in Altensilos stecken, sondern alte Wohnungen zu Altenwohnungen modernisieren.

Viele Altbauwohnungen sind aus historischen Gründen zu klein. Ihre Werte müssen nicht zerstört werden, sondern können durch angepaßte Nutzung der Gesellschaft erhalten bleiben.

Wohnungsgrößen von rd. 4o qm eignen sich für:
- Alleinstehende (Einzelrentner und Studenten),
- Kleinhaushalte (d.h. Zweipersonenhaushalte wie Geschwister, Rentner, junge Ehepaare, Studentenpaare).

Wenn die Zuschüsse in Altbauwohnungen gesteckt werden, können diese so modernisiert werden (Bad, Heizung u.a.), daß keine wesentliche Mietsteigerung entsteht.

Dadurch entfallen für jede Rentnerfamilie
- nicht nur immense öffentliche Zuschüsse (siehe weiter unten),
- sondern auch Wohngeld,
- Kosten für soziale Infrastruktureinrichtungen (Altenbegegnungsstätten - siehe unten)
- und schließlich der Druck auf die Rentenerhöhung.

Weitere Vorteile kommen hinzu, die nicht in Geld berechnet werden können, aber lebenswichtig sind:

- individuelle Lebensqualitäten in Altbaubereichen (Garten, Beschäftigungsfeld u.a.), vertraute Umgebung u.a.

  Dazu gehört auch:

- Das Selbstwertgefühl der alten Leute bleibt erhalten. Sie sind nicht abhängig von Zuschüssen. Auch Wohngeld wird subjektiv als Sozialhilfe empfunden - darüber hilft auch keine Werbung bzw. Rechtsansprüche hinweg.
- Wenn die alten Leute in Silos unter sich sind, neurotisieren sie dadurch, daß fast nur über Krankheiten gesprochen wird.

Das lebenserhaltende soziale Milieu wird zerstört - das kann nicht Sinn einer Sozialpolitik sein.

| Grundsatz: |
|---|
| Vorsorge ist besser als Fürsorge! |

- Soziale Lebensqualitäten sind:

  Gewachsene Sozialbindungen, rasche Integrationsmöglichkeiten von Hinzukommenden

  ("Das Ruhrgebiet war immer ein Einwandererland!")

  Nachbarschaft, Nachbarschaftshilfe, mit der Schwächen ausgeglichen werden und sozialer Reichtum sich vermehrt.

- Wir wissen, daß Betätigungsmöglichkeiten und Kontakte als Herausforderungen an die menschliche Energie wirksam sind und dadurch das Leben verlängern.

  Und nicht nur das: man bleibt länger, oft bis zum letzten Tag gesund.

- Psychische Belastung führt meist zu Krankheiten. Gerade bei Alten ist der Spielraum sehr eng.

Kosteneinsparungen liegen im Bereich der Folge-Einrichtungen (Infrastruktur).

- Es ist bekannt, daß zu den Kosten für den Wohnungsbau immense Summen für Folge-Einrichtungen hinzukommen.

Beim "Neubau auf der grünen Wiese" sind es bei 1oo.ooo DM Wohnungsbaukosten weitere 1oo.ooo DM, dh. 1oo Prozent. Beim Neubau in bereits erschlossenen Gebieten sind es meist nur 5o Prozent, bei Modernisierung von Arbeitersiedlungen bleibt meist nur die Instandsetzung (Straßen, Schulen) übrig.

Wer sich im Garten und auf der Straße leicht und häufig treffen kann, wer die Öffentlichkeit einer Arbeitersiedlung besitzt, benötigt kein Auffangnetz wie in Hochhäusern in Form von künstlichen Begegnungsstätten, die nur unzulänglich funktionieren und manchmal nach einiger Zeit wieder geschlossen werden (z.B. Dortmund-Scharnhorst).

Für ein tristes Kommunikationszentrum kratzt eine Stadt oft mit aller Mühe viele Millionen zusammen und kann dann jahrelang nichts weiteres tun. Das Schlimmste: das Kommunikationszentrum, an dem viele gut verdienen, muß zur Legitimation ihrer Untätigkeit im sozialen Bereich herhalten.

## Integrierte Sozialplanung

Wir haben nur einen bestimmten Etat für Sozialkosten.

Das Problem:

- Man kann für dieses Geld wenig erreichen
- oder viel, je nachdem, wie wirkungsvoll man es einsetzt.

Man kann den Topf, der für die Sozialpolitik bereitsteht, in viele kleine Töpfe aufspalten und jeden Topf für sich wirtschaften lassen

- so daß keiner vom anderen weiß.
- Dann wird für dieselbe Sache das Doppelte und Dreifache ausgegeben.

Forderung:

Eine integrierte Sozialplanung nach strategischen Grundsätzen, d.h. unter Beachtung von Zeit, Raum und Kosten ist für den gesamten kommunalen Bereich notwendig.

Sozialplanung muß als offensives Handeln zur Erhaltung und Hebung der Daseinsgrundlagen breiter Bevölkerungsschichten verstanden werden.

Sozialplanung ist dabei nicht nur die Verhinderung des Absinkens bestimmter Gruppen unter einen bestimmten Standard, d.h. die Verhinderung von sozialen Brennpunkten.

Man muß fragen
- Wo und wodurch entstehen Kosten?
- Wo und wodurch werden Kosten verursacht?

Wo liegt der Nutzen, wenn die Bevölkerung nur von einer Wohnung in die andere umgeschichtet wird, um dann die Kosten um ein Mehrfaches zu erhöhen?

**"Soziale Zielsetzungen" überprüfen!**

Politiker formulieren im Zusammenhang mit Sanierungen häufig die Zielsetzung, die einseitige Sozialstruktur (überdurchschnittlicher Anteil von Alten, Alleinstehenden, finanziell Schwachen, Arbeitern, Ausländern usw.) muß abgebaut werden.

Forderung:

Wir müssen lernen, soziale Strukturen als Ressourcen zu sehen.

Die naive Planervorstellung, man könne Alte oder Randgruppen einfach anderswo - wo? - verschwinden lassen, ist zynisch und vor allem undurchführbar.

Damit wird nur das bekannte Sanierungskarussell in Gang gesetzt, daß die Sanierungsvertriebenen einige Straßen weiterziehen - bis die Sanierung sie dort wieder einholt. Wirkliche Verbesserungen werden gerade diesen Gruppen vorenthalten.

Vielerorts sagen Planer, das soziale Niveau eines Stadtquartiers müsse angehoben werden - dafür sollen Arbeiter durch Mittelschichtangehörige ersetzt werden. Hinter dieser Vorstellung steckt die Abwertung der Arbeiter - eine Zielsetzung, die sich im Grunde aus dem 19. Jahrhundert noch erhalten hat.

Arbeiter sind Vollbürger dieses Landes und nicht sozial unter Niveau.

Im Gegenteil:
von ihren sozialen Werten wie z.B. gegenseitiger Hilfe, Kontaktfreudigkeit, Solidarität, handfestem Zufassen, Realitätssinn, Selbsthilfe lebt das Land. Diese Werte müssen entsprechend gewertet werden.

Die gängige Verwechslung von geringer Kaufkraft, d.h. von Finanzschwäche mit Sozialschwäche ist unstatthaft, weil sie der Realität nicht entspricht. Wo Menschen lediglich mit ihrer Kaufkraft gewertet werden, herrschen Zynismus und Menschenverachtung.

Forderung:

Die vorhandene Sozialstruktur muß erhalten werden, auch wenn "Einseitigkeiten" vorhanden sind.

## Wohnungsreserve

Wir haben nur einen bestimmten, nicht vermehrbaren Bestand an Bauten mit niedriger Miete. Dies sind Altbauten. Neubauten mit hohen Mieten lassen sich relativ gut vermehren (aber nicht vermieten), Altbauten nicht.

Daher kommt dem Altbaubestand sozialpolitisch ein besonderes Gewicht zu.

Forderung:

Wohnungsreserven pflegen; billigen Wohnraum erhalten.

## Erhaltung von individuellen und sozialen Qualitäten

Kein Land der Welt kann sich den ständigen Kahlschlag seiner vorhandenen Werte leisten.

Für die gesamte Gesellschaft ist es dringend notwendig, die sozialen Qualitäten der Siedlungen und ihre sozialen Erfahrungen zu bewahren.

Die gängigen Untersuchungsmethoden gehen daran bisher skandalös vorbei.

Forderung:

Ein Katalog von individuellen und sozialen Wohnwerten muß in die Wohnbereichsuntersuchungen mit hohem Gewicht eingehen.

Wir haben dies in mehreren Publikationen ausführlich dargestellt.

## Falsche Konjunkturpolitik

Einwand: Die Subventionierungsmittel werden zur Konjunkturankurbelung und zur Arbeitsplatzsicherung ausgegeben.

Gegenargument: Das ist ein Scheinargument. So lange noch viele Menschen in Armut leben und der größte Teil der Bevölkerung viele unerfüllte und schlecht erfüllte Bedürfnisse hat, muß die Produktivität sich auf die Erfüllung dieser Bedürfnisse richten: nur dadurch werden die Leute und damit auch der Staat reicher.

**Grundsatz:**

Die betriebswirtschaftliche Rechnung eines Einzelunternehmens kann nicht Maßstab der Sozialpolitik sein, sondern nur die gesamtwirtschaftliche Rechnung, d.h. die volkswirtschaftliche Rechnung.

Dies gilt ganz besonders für die Wohnungswirtschaft. Sie ist der Wirtschaftszweig, der am höchsten mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Daher hat die Öffentlichkeit ein ganz besonderes Anrecht darauf, daß das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse durchschlägt.

Wir wissen, daß die Überproduktion der Wohnungskonzerne im Ruhrgebiet dazu geführt hat, vorhandene Werte zu zerstören, damit neue, aber schlechtere Werte abgesetzt werden konnten.

---

Wo ein Wirtschaftszweig über die Bedarfsdeckung hinaus produziert, wird seine Überproduktion zerstörerisch und dadurch sinnlos.

**Forderung:**

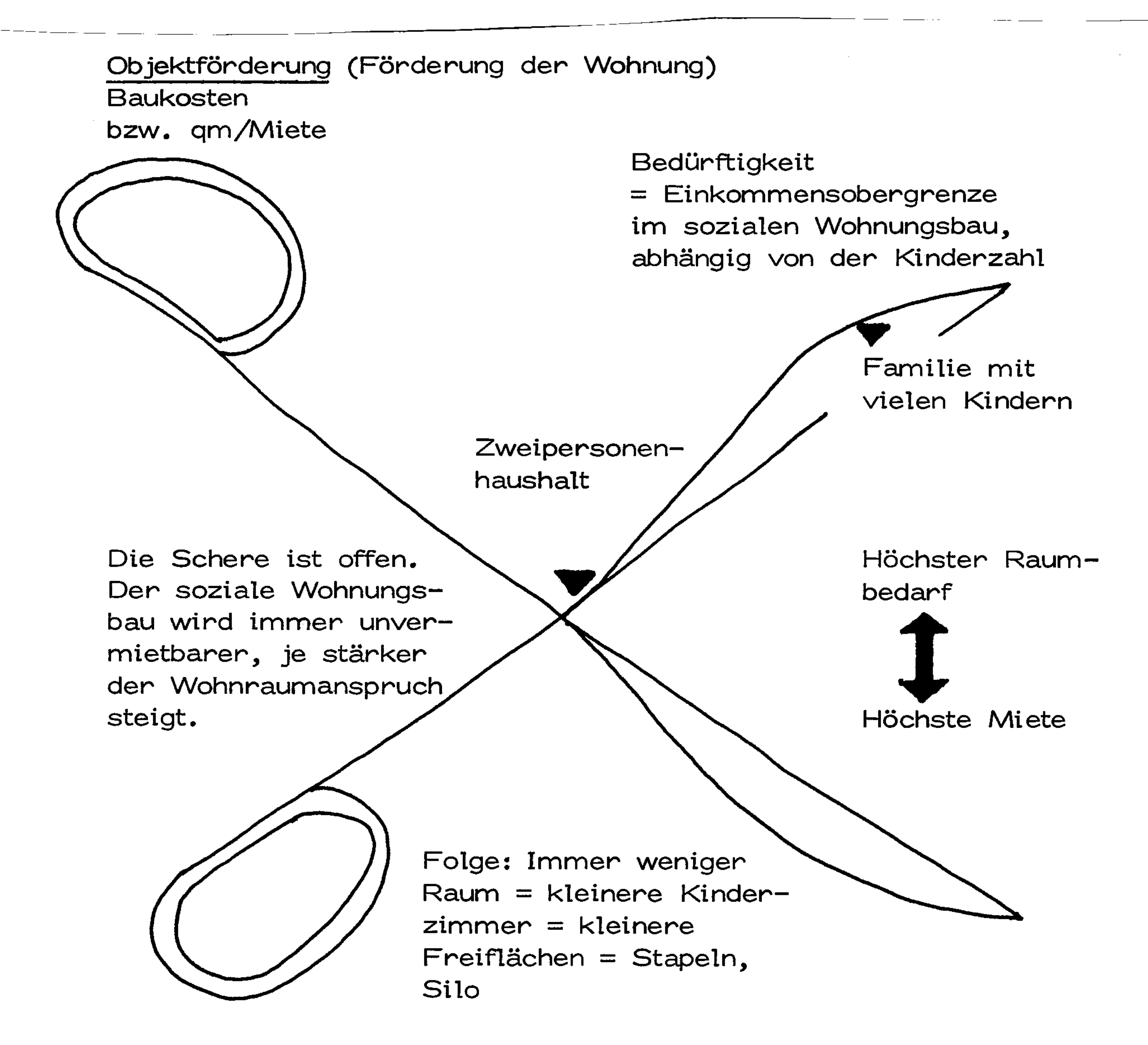
Da dieser Wirtschaftszweig jedoch weitgehend von öffentlichen Mitteln abhängig ist, müssen die Politiker ihn auch in seine volkswirtschaftlich sinnvollen Positionen verweisen. Die öffentliche Hand hat dieses Machtmittel – aber sie nutzte es bisher nicht.

Forderung:

Keine Pseudo-Konjunkturpolitik zugunsten eines Interessenkartells mehr, sondern Konjunkturpolitik im Sinne einer sozialpolitisch fundierten und volkswirtschaftlichen Orientierung.

## Die unsoziale Schere - daher Subjektförderung

Wer mehrere Kinder hat, braucht mehr Wohnraum. Dieser ist sehr teuer. Mit mehreren Kindern wird jedoch relativ weniger verdient als mit wenigen.



## Neubau als Ersatzbau

Die Neubautätigkeit darf nicht mehr als eine fragwürdige, volkswirtschaftlich unsinnige Konjunkturförderung für Wohnungskonzerne betrieben werden, sondern nur noch dort, wo sie sozialpolitisch wirklich unumgänglich ist.

Forderung:

Die normale Tätigkeit der Baupolitik darf nicht Abriß und Neubau sein, sondern weitestgehende Erhaltung. Neubau nur, wo er erforderlich ist.

## Überhöhte Gewinne aus Gemeinnützigkeit

Die Anwendungspraxis des Gemeinnützigkeitsrechtes ist so löcherig wie ein Schweizer Käse. Sie hat praktisch dazu geführt, daß das Gemeinnützigkeitsrecht unterlaufen wurde.

1 Es ist ein Skandal, daß die Wohnungskonzerne von ihrem eigenen Dachverband geprüft werden dürfen.

2 Es ist ein weiterer Skandal, daß sie ungestraft Pauschalisierungen im Kostendeckungsprinzip vornehmen, die gegen Geist und Buchstaben des Gemeinnützigkeitsrechtes verstoßen.

3 Die Wohnungskonzerne haben es verstanden, die Förderungsmittel weitestgehend auf ihre Mühlen zu lenken.

Da die Wohnungsgesellschaften in der Weise eines Machtkartells funktionieren, sind Milliarden an staatlichen Mitteln auf die Gewinnseite geflossen, statt in die Verbilligung bzw. Verbesserung oder Erhaltung von Wohnungen.
Diese meist riesigen Gewinne werden zwar nicht ausgeschüttet, dienen aber zur Ausweitung des Betriebes. Auch dies ist ein Grund dafür, daß enorme Überkapazitäten entstanden sind.
Die Gewinne sind durch bestimmte Tricks in den Zeiten des Booms in skandalöse Höhe gegangen.

Forderung:

Die sogenannten Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften müssen wieder wirklich nach dem Gemeinnützigkeitsrecht geprüft werden.

## Wirksamkeit der Subventionen

5o % der Kosten eines Neubaues werden mit 7,5 % Zinszuschuß subventioniert. Wenn ein Quadratmeter Wohnfläche 11 DM Miete kostet, wird er mit 5,5o DM heruntersubventioniert auf 5,5o DM.[1)]

---

1) Der Zuschuß für eine Sozialwohnung von 7o qm entsteht auf folgende Weise:

Baukosten: 11o.ooo DM

Eigenkapital: 15 % zu 4 % Zins
Kapitalmarktmittel: 35 % zu 8 % Zins
Öff. Darlehen: 5o % zu o,5 % Zins

7o qm x 5,5o DM ergeben 385 DM Nettomiete.

Hinzu kommen rd. 2 DM/qm Betriebskosten, d.h. für 7o qm weitere 14o DM.

Es ergibt sich eine Miete von 525 DM.

In einer Neubauwohnung stecken über 6o % direkte Subventionen.

Der monatliche Zuschuß des Staates für einen einzigen Sozialmieter beträgt also:

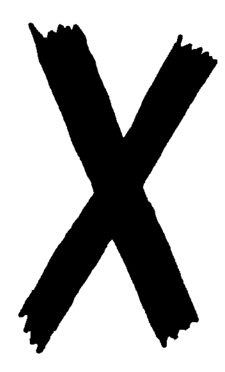
- 55o DM
- und 1oo DM Wohngeld,

insgesamt also 65o DM.

Im Jahr sind dies 7.8oo DM.

Aber das ist noch nicht alles.

Die Subventionen für die Neubauwohnung erhöhen sich nämlich noch erheblich, weil in Neubaugebieten ein großer Teil der Infrastruktur erst angelegt werden muß. Zum Beispiel kamen in Bonn-Tannenbusch zu den Kosten für eine Sozialwohnung noch 8o % zusätzliche Kosten für die Infrastruktur hinzu.
Jeder weiß, wie unzulänglich trotz dieser Summen dann die Infrastruktur in Neubaugebieten noch auf sehr lange Zeit bleibt und was anschließend nachgeschossen werden muß.
Unzulänglichkeiten kosten stets weitere Summen - dem Staat oder dem privaten Einzelnen.



Rechnet man zu den Wohnungsbausubventionen von jährlich 7.8oo DM je Familie noch einmal 5o % dieser Summe als Infrastrukturkosten hinzu (meist mehr), dann erhöht sich der jährliche Subventionsbetrag für die Sozialwohnung um 3.9oo DM. Jede Familie im Neubau wird also insgesamt mit 11.7oo DM im Jahr aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

Nochmals: 11.7oo DM jährlich für eine einzige Sozialmieterfamilie.

Für 1oo Sozialmieterfamilien betragen die Subventionen im Jahr 1.17o.ooo DM. Hundert Familien sind nicht viel. Sie können sich die Summe ausrechnen, die entsteht, wenn die Wohnungskonzerne die rund 1 Million Menschen aus den rund 2.4oo Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes durch Kahlschlag vertreibt.

Die Summe: 11 Milliarden und 7oo Millionen.

Wundern wir uns, daß es Steuererhöhungen gibt?

Wundern wir uns, daß die Staatskassen leer werden, wenn sie in dieser Weise geradezu ausgeraubt werden?

Stellen Sie sich die Gewinne vor, die daran gemacht werden.

Stellen Sie sich vor, daß diese riesige Summe aus der Tasche des Steuerzahlers kommt.

Stellen Sie sich nun bitte vor, daß diese Summe weitgehend überflüssig ist - mit etwa einem Zehntel davon kann man die Erhaltung der Siedlungen sichern.

Stellen Sie sich vor, was an wichtigen anderen Stellen an Finanzmitteln fehlt. Sinnvolles kann nicht finanziert werden, weil die Sozialpolitik auf falschen Geleis läuft.

## Wie sieht die Gegenrechnung aus?

Beim Neubau müssen für den Bau (11o.ooo DM) und die Infrastruktur (55.ooo DM) insgesamt 165.ooo DM finanziert werden. Beim Altbau, für den in der Regel die Infrastrukturkosten entfallen oder gering sind, müssen zwischen 1o.ooo DM und 5o.ooo DM finanziert werden.

Bei gleichen Finanzierungsbedingungen ist die Altbauerhaltung zwischen drei- und sechzehnmal wirkungsvoller.

Dies heißt: größere Wirksamkeit der eingesetzten Mittel.

Wir können die Gegenrechnung auch noch in weiteren Richtungen aufmachen.

## Wohngeld

Schon heute kann ein Drittel der Oberhausener Bevölkerung die eigene Wohnung aus eigenen Mitteln nicht mehr bezahlen. Sie benötigt Wohngeld d.h. staatliche Unterstützung (die sie letztendlich aus der eigenen Tasche auf dem Umweg über die Steuer selbst bezahlt).
Wenn die günstigen Altbaumieten in den Arbeitersiedlungen entfallen, steigt der Prozentsatz der Wohngeldabhängigen weiter.

In Eisenheim braucht keine einzige Mark für Wohngeld aufgewandt werden. In Neubauten würde wenigstens die Hälfte der Familien Wohngeld erhalten müssen.
Wenn jede der 6o Eisenheimer Familien monatlich rund 1oo DM Wohngeld erhält, sind das im Jahr 1.2oo DM Subventionen aus Steuermitteln. Für rund 6o Familien muß der Staat also jährlich 72.ooo DM ausgeben.

Rechnet man die 72.ooo DM als staatliche Zinshilfe, dann ergibt sich bei 7 % Verzinsung ein Ausgangskapital von 1,1 Millionen DM. Das ist die Investitionssumme, die bei gleicher staatlicher Belastung in Eisenheim hineingesteckt werden kann zur Erhaltung.

Die Kosten für die Kanalisierung in Eisenheim betragen rund 2oo.ooo DM.

Dieser Betrag entspricht

- dem Wohngeld, das in knapp 3 Jahren für die Eisenheimer in Neubauten bezahlt werden müßte,
- oder der Sozialhilfe, die in knapp drei Jahren nach einer Zerstörung der Siedlung gezahlt werden müßte,
- oder den Zuschüssen für das Altersheim, die in 2 1/2 Jahren für 2o Rentnerswitwen bezahlt werden müßten,
- oder den Subventionskosten, die für 1o Familien in zwei Jahren im Neubau gezahlt werden müßten.

## Obdachlosen-Subvention

In Eisenheim leben eine Anzahl kinderreicher Familien.
In Neubauten gibt es für sie entweder zuwenig große Wohnungen oder diese Wohnungen wären zu teuer. Daher werden nach aller Erfahrung viele von ihnen obdachlos - wenn Eisenheim nicht erhalten wird.
Obdachlos - nur weil einer viele Kinder hat?
Wir wissen, daß 8o % der Obdachlosigkeit vermeidbar wäre - wenn wir mehr vorsorgende Sozialpolitik betrieben.
Auch Obdachlosenwohnungen kosten Subventionen der öffentlichen Hand.

Obdachlosigkeit kostet die öffentliche Hand nicht nur viel Geld, sondern auch viel Ärger, der sich wiederum in Personalkosten z.B. für Sozialarbeiter niederschlägt.

Und: was kostet sie Menschen, die bis dahin arm, aber in würdigen Umständen lebten?

## Altenheim-Kosten

Wenn die Rentnerswitwe in ein Altenheim geschickt wird, muß sie einen Tagessatz von 3o DM d.h. monatlich 93o DM aufbringen (für einen Platz in einem Mehrbettzimmer; ein Platz im Zweibett-

zimmer kostet 44 DM am Tag, monatlich also 1.360 DM). Da sie diesen Betrag mit ihrer Rente nicht finanzieren kann, erhält sie den Rest von 330 DM aus der Sozialhilfe. Das kostet die öffentliche Hand jährlich rund 4.000 DM.

Dabei muß man daran denken, daß diese Rentnerswitwe im Altenheim noch nicht einmal ein Taschengeld hat, von dem sie ihren Enkeln Geschenke machen kann. Vor allem: wenn diese Frau ihr ganzes Leben darauf stolz war, ehrbar ohne Schulden gelebt zu haben (was in der Armut nicht leicht ist), wird sie nun am Ende ihres Lebens zur Sozialhilfeempfängerin - nach ihrem Gefühl - "degradiert".

Hinzu kommen die verdeckten Subventionen für den Altersheimplatz.

Gibt es genügend Altersheimplätze?

Das Sozialamt: "Altersheime sind nur ein unzulänglicher Ersatz für die normale Wohnumgebung. In der normalen Wohnumgebung werden die alten Menschen viel besser herausgefordert und bleiben mobil."

## Sozialhilfe

Sozialhilfe benötigen in Eisenheim 1974 nur 3 % aller Haushalte. Die Sozialhilfe beträgt durchschnittlich 191 DM im Monat.

27 % aller Eisenheimer Bewohner haben ein Netto-Einkommen, das unter 1.000 DM liegt.
Sie liegen also unter der kritischen Grenze, die offiziell als Grenze angesetzt wird, wo die Armut beginnt.
Bei den niedrigen Lebenshaltungskosten in Eisenheim kommen sie gut durch. Unter Eisenheimer Verhältnissen sind sie nicht arm.

Im Neubau werden sie arm gemacht. Unter anderen Verhältnissen müßten diese Leute Sozialhilfe empfangen.

Was würde die Sozialhilfe kosten? Setzt man für rund 3o Familien jeweils einen Monatsbetrag von 2oo DM Sozialhilfe an, dann ergäbe sich für eine Familie im Jahr eine staatliche Subvention von 2.4oo DM je Familie, insgesamt also von 72.ooo DM.

## Weitere Sozialkosten

Was kosten die vielen Konflikte in einer kinderfeindlichen Wohnung und in einer kinderfeindlichen Umwelt?

- Erhöhte Fluktuation der Bewohner kostet individuell jeder umziehenden Familie viel Geld; sie kostet viel Geld für Renovierungen u.a. (egal, auf wen es abgewälzt wird - volkswirtschaftlich sind diese Ausgaben immer vorhanden).
- Destruktion in Wohnbereichen kostet Geld für die Schadensbehebung.
- Verhaltensstörungen kosten nicht nur die Nerven der Eltern und Lehrer, sondern auch einen erheblichen Aufwand an Jugendarbeit.

Auf jeden direkten Kostenfaktor kommen mehrere indirekte, die sich oft nur schwer fassen lassen. Was kostet zum Beispiel eine neurotische Aggressivität den Betroffenen und seine Umwelt - zeit seines Lebens.

## Kosten der Jugendkriminalität

Ein einziger jugendlicher Straftäter kostet jährlich wenigstens 3o.ooo DM. Was lassen wir uns die Vorbeugung kosten?

In den Arbeitersiedlungen liegt die Kriminalität, insbesondere die Jugendkriminalität und auch die Häufigkeit der "Auffälligkeit von Jugendlichen" weit unter dem Durchschnitt.

Schon aus diesem Grunde lohnt es sich, Arbeitersiedlungen zu erhalten.

## Resümé

Wenn also öffentliche Mittel sparsam und gezielt eingesetzt werden, können sie das Mehrfache an Effekt erzielen, den sie bisher erzielten.

In einer Zeit knapper öffentlicher Haushalte muß ein solcher Umgang mit den vorhandenen Mitteln ein gleichermaßen finanzpolitisches wie sozialpolitisches Prinzip sein.

Verschwendete Mittel fehlen an wichtigen Stellen.

Die Niederländer haben einen geringeren Sozialetat als wir - aber eine größere Wirkung.

Wundern wir uns darüber? Sie betreiben mehr strukturelle Sozialpolitik.

## Ein Landesministerium für Städtebau und Wohnungswesen

In Nordrhein-Westfalen werden der Städtebau und das Wohnungswesen im Innenministerium verwaltet.

Der Innenminister erwies sich bisher als unmotiviert und unfähig, die Problemlösung in Gang zu bringen.

Er erscheint in seinen Aufgaben überfordert. Da das Ministerium sehr umfangreich ist, werden der Städtebau und das Wohnungswesen offensichtlich nur nebenbei betrieben.

Der Verdacht ist hinreichend begründet, daß der Innenminister überhaupt nicht an einer Problemlösung interessiert ist. Unter vielen Vorwänden weicht er der Problemlösung aus. Es liegt auch der Verdacht nahe, daß der FDP-Minister Dr. Hirsch im Bereich der Arbeiterviertel kein Wählerpotential sieht und auch deshalb kein Interesse an ihnen hat.

Der Minister hielt sich den sozialen und fachlichen Sachverstand vom Halse: bei einem von ihn ursprünglich für 3 1/2 Stunden vorgesehenen, von ihm dann auf 1 1/2 Stunden verkürzten Besuch in Eisenheim ließ er sich nicht auf ein vorgeschlagenes Sachgespräch ein. Er stieß vielmehr durch Arroganz die Bevölkerung vor den Kopf.

Obwohl er in Eisenheim vorgab, sich unvoreingenommen informieren zu wollen, kam er mit vorgefaßter negativer Meinung, die sein Büro Tage zuvor gegenüber einem Bundestagsabgeordneten kundtat.

Das ist offenbar typisch für seine Arbeitsweise. Bei der kommunalen Neuordnung verhielt er sich genauso.

Der Innenminister fällt damit auch den freidemokratischen Ortsvereinen in den Rücken, die sich wirklich um Problemlösungen bemühen.

| Da der Städtebau und das Wohnungswesen fundamentale Bedeutung für das menschliche Wohlergehen und die Sozialstruktur haben, müssen sie - wie in der Bundesregierung - als ein eigenes Ministerium organisiert sein. |
|---|

# Arbeitskreis III: Entschliessungsvorschlag

1. Das bestehende neue Recht soll durch die Landesregierung in bezug auf die Arbeitersiedlungen interpretiert werden.

   Forderung:

   Die Landesregierung soll einen Erlaß herausgeben, in dem sie die Notwendigkeit der Erhaltung der Arbeitersiedlungen unter folgenden Gesichtspunkten betont:

   - soziale
     und
   - kulturelle Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktur
   - Folgekosten
   - Gesichtspunkt der sinkenden finanziellen Ressourcen
   - Unvermehrbarkeit billigen Wohnraumes.

2. Realisierung:

   Es gibt keine rechtlichen und finanziellen Hindernisse zur Erhaltung der Arbeitersiedlungen. Das Instrumentarium reicht aus. Weil viele Gemeinden bisher zu eng mit den Eigentümern verflochten waren, wurde das Instrumentarium nicht angewandt.

3. Die Regierung soll dies in ihren Planungen und Programmen berücksichtigen, indem sie ihre bestehenden Planungen und Programme, soweit andere Nutzungen (Verdichtung oder Neubebauung) vorgesehen waren, revidiert bzw. den Erhalt der Arbeitersiedlungen in ihrer jetzigen Struktur als Ziel der Landesplanung deklariert.

4. Die Landesregierung soll diese Zielsetzung konkretisieren, indem sie den Gemeinden die bestehenden rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten insbesondere nach Inkrafttreten

des neuen Bundesbaugesetzes und ihre Anwendung in bezug auf den Erhalt der Arbeitersiedlungen interpretiert.

5. Wir überreichen in der Anlage Details für den Erlaß.

   Wir erwarten die Beteiligung bei der Erarbeitung des Erlasses.

   Zu diesem Zweck wünschen wir kurzfristig ein erstes Gespräch.

6. Nachdem ausreichend Rechtsgrundlagen für die Erhaltung der Arbeitersiedlungen bestehen, sollen die Gemeinden unmittelbar gemeinsame Kommissionen von Bewohnern, Gemeinde und Eigentümern bilden in Anwendung des Rechtsgrundsatzes des neuen Bundesbaugesetzes über die frühzeitige Erörterung der Planung.

7. Die Gemeinden sollen für die bedrohten Arbeitersiedlungen schon jetzt die Erhaltungssatzung nach § 39 h des neuen Bundesbaugesetzes vorbereiten, damit sie unmittelbar nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wirksam werden.

8. Das Land und die Gemeinden sollen ihre zahlreichen Einflußmöglichkeiten auf die Eigentümer zugunsten der Arbeitnehmer-Mieter wahrnehmen.

9. Viele Großeigentümer zerstören mit ihrer rigorosen Machtpolitik und ihrem bedenkenlosen Gewinnstreben die Grundlagen des sozialen Rechtsstaates. Wenn sie sich nicht an die Sozialbindung des Eigentums und damit an die Verfassung sowie an die Gesetze halten,

dürfen sie sich nicht wundern, wenn nach anderen Wegen gesucht wird.

10. Die Probleme der Stadtplanung und des Wohnungsbaues sind so umfangreich und so schwierig, daß sie nicht nebenbei vom Innenministerium bewältigt werden können. Daher ist nach dem Vorbild der Bundesregierung ein Landesministerium für Städtebau und Wohnungswesen zu bilden.

11. Die verschiedenen Sozialförderungen müssen koordiniert werden.

12. Die Sozialpolitik ist die Sicherung der vorhandenen Daseinsgrundlagen.

    Nicht an Symptomen, sondern an den Ursachen müßte kuriert werden.

    Die Entwicklung der Daseinsgrundlage kann nur auf der Grundlage der bestehenden sozialen Werte entwickelt werden.

13. Die soziale Lebensqualität ist das wichtigste stadtplanerische Ziel.

    Sie umfaßt

    - den Erhalt der gewachsenen Sozialstruktur
    - den Erhalt des gewohnten Wohn- und Freiraumbereiches
    - die Erhaltung der billigen Lebenshaltungskosten. Dazu zählen neben der Miete auch Garten, Nachbarschaftshilfe.

14. Land und Gemeinden werden zu offensivem sozialem Handeln aufgefordert.

- Dies besteht aus einem Gesamt-Kosten-Nutzen-Vergleich im Sozial- und Wohnungsbereich
- aus einer integrierten Sozialplanung.

Jeder Planung ist eine Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse der Kosten und Folgekosten beizulegen.